



74. Jahrgang / September 2001

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| 37. <i>Mittelfristige Finanzpläne für die Tiroler Gemeinden</i>                 | 41. <i>Buchhinweis – Finanzausgleich 2001 – Das Handbuch für die Praxis</i> |
| 38. <i>Tiroler Gemeindeordnung 2001</i>   | 42. <i>Politik braucht junge Herausforderung</i>                            |
| 39. <i>Mietzins- und Annuitätenbeihilfenaktion des Landes und der Gemeinden</i> | <i>Verbraucherpreisindex für Juni 2001 (vorläufiges Ergebnis)</i>           |
| 40. <i>Richtlinien über die Gewährung von Mietzins- und Annuitätenbeihilfen</i> | <i>Buch für Jungbürgerfeiern</i>  |

## 37.

### Mittelfristige Finanzpläne für die Tiroler Gemeinden

#### Gesetzliche Grundlagen:

Nach § 88 Abs. 1 der Tiroler Gemeindeordnung 2001, LGBL. Nr. 36, sind die Gemeinden verpflichtet, mit dem Voranschlag einen mittelfristigen Finanzplan zu erstellen, der in Form eines Einnahmen- und Ausgabenplanes für den ordentlichen Haushalt und eines Investitionsplanes eine Vorschau auf die dem Voranschlag folgenden zwei Kalenderjahre zu enthalten hat. Der mittelfristige Finanzplan bildet einen Bestandteil des Voranschlages der Gemeinde und ist durch den Gemeinderat festzusetzen.

Die landesgesetzliche Verpflichtung ist im Zusammenhang mit dem Österreichischen Stabilitätspakt zu sehen, in dem verankert ist, dass Bund, Länder und Gemeinden jeweils Budgetprogramme erstellen, deren Zeitraum das laufende, das vergangene und die drei kommenden Haushaltsjahre umfasst. Der Österreichische Stabilitätspakt wurde zwischen dem Bund, den Ländern und – für die Gemeinden – dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund vereinbart.

#### Ziele:

Im Österreichischen Stabilitätspakt sind insbesondere folgende Gegenstände der Haushaltskoordinierung enthalten:

- die Festlegung des gesamtstaatlichen Haushaltszieles und dessen Umlegung auf den Bund, die Länder und länderweise auf die Gemeinden,

- die Festlegung von Grundsätzen für die mittelfristige Ausrichtung der Haushaltsführung,
- die Festlegung gegenseitiger Informationspflichten und von Grundlagen zur Wahrnehmung von für die Haushaltskoordinierung relevanten Aufsichtsrechten,
- die Überwachung der Entwicklung der Haushalte, des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstandes und
- die Ausarbeitung von Empfehlungen für Maßnahmen, wenn sich ein übermäßiges Defizit abzeichnet.

#### Vorgangsweise für die Tiroler Gemeinden:

Um den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes gerecht zu werden, müssen die Tiroler Gemeinden erstmals mit dem Voranschlag für 2002 einen mittelfristigen Finanzplan erstellen und festsetzen, der die nächsten drei Haushaltsjahre umfasst. Damit einerseits die zur Erreichung obgenannter Ziele und der zu erwartenden Meldepflichten erforderlichen Daten vorliegen, andererseits der Programmier- und Verwaltungsaufwand nicht zu hoch ist, wird vorerst folgender Mindeststandard festgelegt:

1. Aus den Ziffern des Voranschlages für 2002 bzw. des letztvorliegenden Rechnungsabschlusses werden die Ansätze für die Voranschläge für die Jahre 2003, 2004 und 2005 errechnet. Dies wird für die fortdauernde Gebarung des ordentlichen Haushaltes weitgehend durch indexmäßige Anpassung der einzelnen Positionen unter

Berücksichtigung besonderer Gegebenheiten (Schuldendienst, Transferzahlungen, Steuerentwicklungen) geschehen. Dabei sollen auch die Auswirkungen der geplanten Investitionen mit ihren Folgekosten berücksichtigt werden. Unabhängig davon sind die einmaligen Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes festzusetzen. Differenzierter ist beim außerordentlichen Haushalt vorzugehen. Hier sind jedenfalls die Ziffern der Gesamt- und Teilfinanzierungspläne der durch den Gemeinderat bereits beschlossenen Vorhaben einzusetzen. Weiters sind aufgrund gewissenhafter Schätzungen Ausgaben und Einnahmen jener Vorhaben zu ermitteln, die in den Folgejahren durchgeführt werden sollen und die auch tatsächlich finanzierbar sind. Der Grundsatz des Budgetgleichgewichtes für jedes Vorhaben ist zu beachten.

2. Es bleibt den Gemeinden überlassen, wie die edw-mäßige Datenermittlung organisiert wird. Da zu erwarten ist, dass vom Bund bzw. den im Österreichischen Stabilitätspakt vorgesehenen Koordinationskomitees laufend Ziffern für die Überprüfung der Erreichung des gesamtstaatlichen Haushaltszieles verlangt werden und dazu wahrscheinlich auch die Schnittstelle für die Meldung der Finanzdaten erweitert wird, wird eine Führung über dieselbe Datenbank, über die bereits jetzt die Voranschläge erstellt werden, empfohlen. Die Daten sind vorerst in einer Weise zu erfassen, dass der VRV-Querschnitt für die dem Voranschlagsjahr folgenden drei Jahre und der TGO-Querschnitt für die dem Voranschlagsjahr folgenden zwei Jahre ausgedruckt werden kann. Für den außerordentlichen Haushalt ist zusätzlich vorzusehen, dass alle Vorhaben einzeln ausgedruckt werden können und als Investitionsplan eine Tabelle erstellt wird, in der in einer Übersicht jedes Vorhaben ge-

trennt nach Einnahmen und Ausgaben pro Jahr dargestellt wird. Dieser Investitionsplan ist gemäß § 88 Abs. 1 TGO 2001 nur für die dem Voranschlag folgenden nächsten beiden Jahre erforderlich.

3. Gemäß § 88 Abs. 1 TGO 2001 bildet der mittelfristige Finanzplan einen Bestandteil des Voranschlages der Gemeinde. Die Erfassung der in Punkt 2 erwähnten Nachweise ist als Grundlage für den GR-Beschluss über die Festsetzung des mittelfristigen Finanzplanes unbedingt erforderlich. Der Ausdruck der über den VRV-Querschnitt, den TGO-Querschnitt und den Investitionsplan hinausgehenden Daten für die dem Voranschlagsjahr folgenden Jahre wird vorerst nicht für erforderlich gehalten. Aus den Querschnitten sollten nämlich bereits die für die Beurteilung der Erreichung der nach dem Österreichischen Stabilitätspakt bedeutsamen Ziele erforderlichen Daten abgeleitet werden können. Der Investitionsplan stellt eine für die Beurteilung der Gewährung von Bedarfszuweisungen für außerordentliche Vorhaben bedeutsame Entscheidungsgrundlage dar.

4. An die Verpflichtung, die mittelfristigen Finanzpläne als Bestandteil des Voranschlages nach § 93 TGO 2001 auch den Gemeinderatsparteien und der Bezirkshauptmannschaft zu übermitteln, wird hingewiesen.

5. Abschließend wird auf die Broschüre  
 „MAASTRICHT-ERGEBNIS  
 UND ÖSTERREICHISCHER STABILITÄTSPAKT  
 Der Leitfaden für eine  
 maastrichtkonforme Budgetpolitik“  
 erschienen als Nr. 5 in der Schriftenreihe des Österreichischen Gemeindebundes als wertvollen Informationsbehelf hingewiesen.

## 38.

### Tiroler Gemeindeordnung 2001

Die Tiroler Gemeindeordnung 2001 enthält im II. Teil Regelungen über die Gemeindeverbände. Die Regelungen dieses Teils sollen in dieser Folge des Merkblattes für die Gemeinden Tirols vorgestellt werden.

#### Gemeindeverbände

Gemeinden einschließlich der Landeshauptstadt Innsbruck können **zur Besorgung einzelner Aufgaben** einen Gemeindeverband bilden.

Solche Aufgaben können Aufgaben der Hoheitsverwaltung oder der Privatwirtschaftsverwaltung sein. Aufgaben der Hoheitsverwaltung werden in Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden, Aufgaben der Privatwirtschaftsverwaltung werden insbesondere in Alten- und Pflegeheim-, Schul-, Abwasser- und Abfallwirtschaftsverbänden wahrgenommen.

Es kann sich um Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches oder des übertragenen Wirkungsbereiches der

Gemeinde handeln. Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde werden insbesondere durch Alten- und Pflegeheim-, Schul-, Abwasser- und Abfallwirtschaftsverbände, Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde durch Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände wahrgenommen.

Ein Gemeindeverband ist eine **Körperschaft öffentlichen Rechts**.

Als solche ist sie eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die, **soweit es zur Besorgung ihrer Aufgaben erforderlich ist, Träger von privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Rechten und Pflichten** sein kann. Ein Gemeindeverband kann beispielsweise eine Liegenschaft oder ein Fahrzeug erwerben, ein Gebäude errichten oder mieten, Dienstleistungen in Auftrag geben oder einen Kredit aufnehmen bzw. eine Baubewilligung erhalten. Insoweit ist der Vergleich mit einer Gemeinde möglich.

Ein Gemeindeverband ist jedoch **keine** Gebietskörperschaft.

#### **Bildung von Gemeindeverbänden**

Gemeindeverbände können entweder **durch Gesetz bzw. durch Verordnung im Grunde eines Gesetzes oder durch Vereinbarung** gebildet werden.

Gemeindeverbände können durch Gesetz gebildet werden. Beispiele dafür sind die Bezirkskrankenhaus-Gemeindeverbände, der Gemeindeverband für die Kranken- und Unfallfürsorge der Tiroler Gemeindebeamten, der Gemeindeverband für das Pensionsrecht der Tiroler Gemeindebeamten und der Gemeindeverband für Zuwendungen an ausgeschiedene Bürgermeister.

Gemeindeverbände können durch eine Verordnung im Grunde eines Bundesgesetzes gebildet werden. Beispiele dafür sind die Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände.

Gemeindeverbände können durch Verordnung im Grunde eines Landesgesetzes gebildet werden. Beispiele dafür sind die Sanitätssprengel.

Während das **Organisationsstatut der durch Gesetz gebildeten Gemeindeverbände in den maßgeblichen Landesgesetzen** selbst geregelt ist, wurde das **Organisationsstatut der durch Verordnung im Grunde von Bundes- bzw. Landesgesetzen gebildeten Gemeindeverbände in der Verordnung der Landesregierung über die Satzung der Sanitätssprengel, der Standesamtsverbände und der Staatsbürgerschaftsverbände, LGBl. Nr. 7/1987**, geregelt.

Die meisten Gemeindeverbände wurden und werden **durch Vereinbarung** gebildet.

Gemeinden können **zur Besorgung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde** durch Vereinbarung mit anderen Gemeinden einen Gemeindeverband bilden, wenn dies bei einem Gemeindeverband, der Aufgaben der Hoheitsverwaltung besorgen soll, die Funktion der beteiligten Gemeinden als Selbstverwaltungskörper nicht gefährdet bzw. bei einem Gemeindeverband, der Aufgaben der Gemeinden als Träger von Privatrechten besorgen soll, aus Gründen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit oder Zweckmäßigkeit im Interesse der beteiligten Gemeinden liegt.

Eine **Vereinbarung über die Bildung eines Gemeindeverbandes** hat die Namen der ihm angehörenden Gemeinden, den Namen und den Sitz des Gemeindeverbandes und die Bezeichnung seiner Aufgaben zu enthalten, bedarf übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden und bedarf schließlich der Genehmigung der Landesregierung durch Verordnung.

Jede **Änderung der Vereinbarung** (Beitritt oder Ausscheiden einer Gemeinde, Erweiterung der Aufgaben) bedarf ebenfalls übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden und der Genehmigung der Landesregierung durch Verordnung. Schließlich bedarf auch die **Auflösung eines Gemeindeverbandes** übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden und der Mitteilung an die Landesregierung.

Fehlt es an einem diesbezüglichen Einvernehmen, ist das Ausscheiden einer Gemeinde oder die Auflösung eines Gemeindeverbandes nur unter sehr strengen Bedingungen durch Verordnung der Landesregierung möglich: Das Ausscheiden einer Gemeinde ist möglich, wenn der Gemeinde die Zugehörigkeit zum Gemeindeverband wirtschaftlich nicht mehr zumutbar ist, der Gemeindeverband durch das Ausscheiden der Gemeinde in seinem Bestand nicht gefährdet wird und die für die Bildung des Gemeindeverbandes erforderlichen allgemeinen Voraussetzungen weiterhin vorliegen. Die Auflösung eines Gemeindeverbandes ist möglich, wenn die für die Bildung des Gemeindeverbandes erforderlichen allgemeinen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Die betroffenen Gemeinden sind vor einer Verordnung über das Ausscheiden einer Gemeinde oder die Auflösung eines Gemeindeverbandes zu hören.

Das **Organisationsstatut** eines im Wege einer Vereinbarung gebildeten Gemeindeverbandes ist **in einer Satzung** festzulegen. Die Satzung bedarf übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte aller beteiligten

Gemeinden und der Genehmigung der Landesregierung durch Bescheid.

### Organisation der Gemeindeverbände

In der **Satzung** sind insbesondere die Organe und ihre Aufgabenbereiche, die Wahl der Organe, die Festsetzung des Anteiles der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden am Aufwand und an einem allfälligen Überschuss des Gemeindeverbandes und Regelungen über die Verwendung eines allfälligen Überschusses, Bestimmungen über die Haftung der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden untereinander und Bestimmungen für den Fall des nachträglichen Beitrittes bzw. des Ausscheidens von Gemeinden und der Auflösung des Gemeindeverbandes aufzunehmen. Desweiteren können strengere Voraussetzungen für die Beschlussfassung bzw. Regelungen über die innere Organisation, namentlich über die Geschäftsführung und die Geschäftsstelle, aufgenommen werden.

**Organe** eines Gemeindeverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsobmann. Für Gemeindeverbände mit mehr als sieben Gemeinden kann überdies ein Verbandsausschuss gebildet werden, für Gemeinden mit mehr als zwölf Gemeinden ist ein Verbandsausschuss zu bilden. Die Organe sind erstmals nach der Bildung des Gemeindeverbandes und weiters jeweils nach den allgemeinen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen einzurichten bzw. neu zusammenzusetzen.

### Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht jedenfalls aus den Bürgermeistern der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden. Vorbehaltlich abweichender Regelungen in der Satzung haben Gemeinden, deren Anteil am Aufwand des Gemeindeverbandes, mehr als 20 v. H. beträgt, weitere Vertreter in die Verbandsversammlung, höchstens jedoch einen für je weitere angefangene 10 v. H., zu entsenden. Die Amtsdauer eines solchen vom Gemeinderat entsendeten Mitgliedes beträgt sechs Jahre; mit dem früheren Ausscheiden aus dem Gemeinderat scheidet es auch aus der Verbandsversammlung aus.

Vorbehaltlich abweichender Regelungen in der Satzung ist unter dem Anteil am Aufwand des Gemeindeverbandes der Aufwand für den Betrieb und Schuldendienst im Kalenderjahr vor der Einrichtung bzw. Neuzusammensetzung der Verbandsversammlung zu verstehen.

Es ist durchaus möglich, den Verbandsobmann und seinen Stellvertreter nicht aus dem Kreis der Bürgermeister und vom Gemeinderat entsendeten Mitglieder zu wählen. In einem solchen Fall gehören der Verbandsobmann und der Stellvertreter der Verbandsversammlung (und dem Verbandsausschuss) an, führen den Vorsitz in der Verbandsversammlung (und im Verbandsausschuss), haben in der Verbandsversammlung (und im Verbandsausschuss) aber lediglich beratende Stimme.

Im Falle der Verhinderung wird der Bürgermeister in der Verbandsversammlung durch die gemeinderechtlich vorgesehenen Vertreter (Bürgermeister-Stellvertreter der Reihe nach, Mitglieder des Gemeindevorstandes nach Maßgabe des Lebensalters) vertreten. Für die weiteren Vertreter der Gemeinde hat der Gemeinderat je ein Ersatzmitglied zu bestellen.

Die Sitzungen der Verbandsversammlung werden durch den Verbandsobmann einberufen und Beschlüsse bei Anwesenheit des Verbandsobmannes (Stellvertreters) und insgesamt mehr als der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist innerhalb von zwei Wochen eine weitere Sitzung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist.

### Verbandsausschuss

Der Verbandsausschuss besteht aus dem Verbandsobmann, seinem Stellvertreter und so vielen weiteren Mitgliedern, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder mindestens drei beträgt. Die Mitglieder werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte auf sechs Jahre gewählt.

Die Sitzungen werden durch den Verbandsobmann einberufen und Beschlüsse bei Anwesenheit des Verbandsobmannes (Stellvertreters) und so vielen weiteren Mitgliedern, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder mindestens drei beträgt, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst.

### Verbandsobmann

Der Verbandsobmann und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung auf sechs Jahre gewählt. Im Falle seiner Verhinderung wird der Verbandsobmann durch seinen Stellvertreter, bei dessen Verhinderung, durch das jeweils älteste der übrigen Mitglieder des Verbandsausschusses, sofern ein solcher nicht besteht, der Verbandsversammlung vertreten.

### Überprüfungsausschuss

Die Verbandsversammlung hat die Zahl der Mitglieder des Überprüfungsausschusses – mindestens mit drei – festzusetzen. Sie müssen Mitglieder des Gemeinderates einer verbandsangehörigen Gemeinde sein. Sie werden in der Verbandsversammlung vorgeschlagen und von dieser auf sechs Jahre gewählt. Analog den Ausschlussgründen für den gemeinderätlichen Überprüfungsausschuss dürfen insbesondere der Verbandsobmann, sein Stellvertreter, sonstige zur Aus- und Einzahlung Bevollmächtigte und der Leiter der Geschäftsstelle dem Überprüfungsausschuss nicht angehören. Die einfache Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung ist im Übrigen kein Ausschlussgrund.

Der Überprüfungsausschuss hat die Gebarung des Gemeindeverbandes auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Ferner hat der Überprüfungsausschuss vierteljährlich und jedenfalls bei jedem Wechsel der Person des Verbandsobmannes und seines Stellvertreters Kassenprüfungen und jährlich die Vorprüfung der Jahresrechnung vorzunehmen.

### Geschäftsstelle

Zur administrativen Unterstützung der Organe des Gemeindeverbandes ist eine Geschäftsstelle einzurichten. Auch das Gemeindeamt einer dem Gemeindeverband angehörigen Gemeinde kann als Geschäftsstelle bestimmt werden.

### Aufgabenkreis und Befugnisse der Verbandsorgane

Für die **Organe der Gemeindeverbände** gelten die **Bestimmungen über die Gemeindeorgane sinngemäß** mit der Maßgabe, dass dem Gemeinderat die Verbandsversammlung, dem Bürgermeister der Verbandsobmann, dem Gemeindevorstand der Verbandsausschuss, sofern ein solcher nicht besteht, die Verbandsversammlung (man denke etwa an eine Berufungsentscheidung), dem Überprüfungsausschuss der Gemeinde der Über-

prüfungsausschuss des Gemeindeverbandes und dem Gemeindeamt die Geschäftsstelle entspricht. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Juli 2001, besprochenen Bestimmungen über die Gemeindeorgane hingewiesen.

### Haftung

Dritten gegenüber haften die einem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden für dessen Verbindlichkeiten zur ungeteilten Hand. Angesichts der gesetzlichen Haftung erübrigen sich daher zusätzliche Haftungserklärungen der einem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden.

### Deckung des Aufwandes

Der durch Einnahmen nicht gedeckte Aufwand eines Gemeindeverbandes ist auf die ihm angehörenden Gemeinden entsprechend ihren in der Satzung festgelegten Anteilen jährlich aufzuteilen. Der Verbandsobmann hat den Gemeinden bis spätestens 30. Oktober die im folgenden Jahr zu entrichtenden Vorauszahlungen, sowie nach dem Vorliegen des Rechnungsabschlusses unverzüglich die für dieses Jahr zu leistenden Beiträge schriftlich mitzuteilen. Im Streitfall entscheidet die Landesregierung.

Das Vermögen eines aufgelösten Gemeindeverbandes ist zur Deckung seiner Verbindlichkeiten heranzuziehen. Das verbleibende Vermögen ist entsprechend ihrem Beitrag zur Bildung des Vermögens auf die beteiligten Gemeinden aufzuteilen. Im Streitfall entscheidet die Landesregierung.

### Aufsicht über die Gemeindeverbände

Die Aufsicht über die Gemeindeverbände, soweit es sich um Gemeindeverbände zur Besorgung von Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde aus dem Bereich der Bundesvollziehung oder um Gemeindeverbände zur Besorgung von Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde handelt, hinsichtlich der Einhaltung der organisationsrechtlichen Bestimmungen, obliegt der Landesregierung.

## 39.

### Mietzins- und Annuitätenbeihilfenaktion des Landes und der Gemeinden

Die Mietzins- und Annuitätenbeihilfenaktion des Landes und der Gemeinden wurde im Jahr 1965 eingeführt. Mit dieser Beihilfe erfolgt vor allem eine Unterstützung der einkommensschwächeren Familien zur leichteren Finanzierung der Wohnungsaufwandbelastung bei nicht geförderten Wohnungen.

Mittlerweile wirken 114 Gemeinden an dieser Förderungsaktion mit und können dadurch rund 75% der Bevölkerung Tirols erreicht werden. Rund 6.000 positiv erledigte Beihilfenansuchen gelangen monatlich über die Wohnbauförderungsstelle zur Auszahlung. Die durchschnittliche monatliche Beihilfe beträgt rund S 1.800,- und das jährliche Ausgabenvolumen beläuft sich auf rund 140 Millionen Schilling. Der Gemeindeanteil beträgt davon 30%.

Die Landesregierung hat in Ihrer Sitzung vom 17. Juli 2001 die Euro-Umstellung der **Richtlinie über die Gewährung der Mietzins- und Annuitätenbeihilfe** mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2002 beschlossen.

Die Änderungen im Zuge der Euro-Umstellung sind von den Grundsätzen geprägt, dass keine Schlechterstellung der Förderungswerber erfolgen darf und die Mehrbelastung der Gebietskörperschaften, die durch die erforderlichen Anpassungen entsteht, in einem vertretbaren Ausmaß gehalten wird. Diesbezüglich wurde das Einvernehmen mit dem Tiroler Gemeindeverband hergestellt.

#### 1) Die Euro-Umstellung sieht im Wesentlichen folgende Änderungen vor:

- Der förderbare Wohnungsaufwand wird von S 40,- auf 3,- Euro/m<sup>2</sup> förderbarer Nutzfläche angehoben. Über Ansuchen einzelner Gemeinden besteht in deren Gemeindegebiete die Möglichkeit der Anhebung des förderbaren Wohnungsaufwandes auf höchstens 4,- Euro/m<sup>2</sup> förderbarer Nutzfläche (bisher S 50,-). Bei der Gewährung von Mietzinsbeihilfen an Studenten und Lehrlinge wird der Wohnungsaufwand von ursprünglich S 28,00/m<sup>2</sup> auf 2,1 Euro/m<sup>2</sup> förderbarer Nutzfläche umgestellt.
- Die Zumutbarkeitstabelle wird geändert. Der Ausgangswert der Zumutbarkeitstabelle liegt bei 618,- Euro (früher S 8.500,-) und das Einkommensintervall beträgt 4,- Euro (bisher S 50,-).
- Die Grenze, ab der eine Beihilfe zur Auszahlung gebracht wird, liegt nunmehr bei 7,- Euro (bisher S 100,-).

#### 2) Finanzielle Auswirkungen:

Den neuen Regelungen unterliegen alle ab dem 1. Jänner 2002 zu gewährenden Mietzins- und Annuitätenbeihilfen. Die oben angeführten Quadratmeter-Höchstsätze stellen Obergrenzen in Bezug auf den bei der Beihilfenberechnung zu Grunde gelegten Wohnungsaufwand dar. Ungeachtet dieser Höchstgrenzen kann jede Gemeinde oder jede Stadt, die sich an der Mietzins- und Annuitätenbeihilfe beteiligt, auch einen geringeren Betrag als Grundlage für die Gewährung einer Beihilfe festsetzen. Die Änderung der Richtlinie führt damit nicht zwangsweise und nicht unmittelbar zu einer finanziellen Mehrbelastung für die Gemeinden.

Die Euro-Umstellung führt unter Zugrundelegung der oben angeführten Quadratmeterhöchstsätze zu hochgerechnet jährlichen Mehrausgaben von rund 7,6 Millionen Schilling oder rund 552.000,- Euro. Der 30%ige Gemeindeanteil beläuft sich auf rund 2,28 Millionen Schilling oder 166.000,- Euro. Davon entfällt auf die ländlichen Gemeinden ein Betrag von rund 1,21 Millionen Schilling oder 87.900,- Euro.

Die Gemeinde hat die Möglichkeit, sich nur in besonders gelagerten Einzelfällen zu beteiligen. Wenn seitens einer Gemeinde eine Abwicklung nach der im Punkt 2 der Richtlinie angeführten Sonderregelung (Anhebung des höchstmöglichen Wohnungsaufwandes auf 4,- Euro/m<sup>2</sup> Nutzfläche) erwünscht ist, so ist dies schriftlich unter Bekanntgabe des gewünschten Termins über den Beginn der Sonderregelung bekanntzugeben.

Sollte seitens einer Gemeinde, die schon bisher an einer Mietzins- und Annuitätenbeihilfenaktion mitgewirkt hat, keine Stellungnahme erfolgen bzw. die entsprechenden Beihilfenansuchen ohne besonderen Vermerk zur Behandlung an das Land Tirol weitergeleitet werden, wird angenommen, dass mit Wirkung 1. Jänner 2002 eine Beteiligung im Sinne der übermittelten Richtlinie (mit einem höchstmöglichen Wohnungsaufwand von 3,- Euro/m<sup>2</sup>) gewünscht ist.

Weitere Auskünfte erteilt:

Franz Peter HEINZ

**Abteilung Wohnbauförderung**

Tel.: ++43(0)512/508-2743

Fax: ++43(0)512/508-2735

Email: f.heinz@tirol.gv.at

Aus: Schreiben der Abteilung Wohnbauförderung  
Zahl Ve2-MuAB/2001 vom 7. September 2001

## 40.

Richtlinie über die Gewährung  
von Mietzins- und Annuitätenbeihilfen

Das Land Tirol gewährt zur Milderung von besonderen Härtefällen Mietzins- oder Annuitätenbeihilfen - kurz als Beihilfen bezeichnet - an österreichische Staatsbürger und ihnen im Sinne der Bestimmungen des Tiroler Wohnbauförderungsgesetzes 1991 gleichgestellte Personen. Solche Beihilfen werden im Regelfall nur für Wohnungen gewährt, die nicht mit Mitteln der Wohnbauförderungsgesetze 1954, 1968 oder 1984, des Tiroler Wohnbauförderungsgesetzes 1991 (mit Ausnahme der Gewährung von Förderungsdarlehen für den Erwerb oder die Fertigstellung einer Wohnung nach § 15 TWFG 1991), der Bundes-Sonderwohnbaugesetze 1982 oder 1983, des Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds oder des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gefördert sind. Im Falle einer begünstigten Rückzahlung des Förderungsdarlehens durch den Beihilfekerwerber oder bei Kündigung des Förderungsdarlehens des Beihilfekerwerbers wird diesem ebenfalls keine Beihilfe gewährt.

Mietzinsbeihilfen können auch an sonstige natürliche Personen gewährt werden, die seit mindestens fünf Jahren in Tirol den Hauptwohnsitz haben.

Die Gewährung einer Beihilfe erfolgt im Sinne der nachstehenden Bedingungen:

## 1 Beihilfe nur für Wohnungen

Über Ansuchen wird für eine förderungsfähige Wohnung eine Beihilfe in Höhe der Differenz zwischen dem anrechenbaren Wohnungsaufwand und der (in der Anlage) festgesetzten zumutbaren Wohnungsaufwandsbelastung zweckgebunden für die Bezahlung der Wohnungsaufwandsbelastung gewährt.

Förderungsfähig ist eine in sich abgeschlossene Wohnung, die der regelmäßigen Benutzung durch den Beihilfebezieher (die Beihilfebezieherin) dient und die zumindest aus einem Zimmer, einer Küche (Kochnische), einem Vorraum, einem WC und nach Möglichkeit aus einer Bade- oder Duschgelegenheit besteht. Eine Beihilfe wird nur an (Wohnungs)Eigentümer oder an Mieter gewährt, die die Wohnung direkt vom Eigentümer mieten. Für Räumlichkeiten in einem Wohnheim werden keine Beihilfen gewährt.

## 2 Wohnungsaufwand

Als Wohnungsaufwand gehen der Hauptmietzins bzw. die auf die Wohnung entfallenden Annuitäten der zur Finanzierung der Gesamtkosten (ohne Grundkosten) aufgenommenen Darlehen zuzüglich vorgeschriebener, angemessener Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten. Bei Eigenheimen werden keine derartigen Kosten angerechnet.

Der Wohnungsaufwand vermindert sich um allfällige anderweitige Zuschüsse (wie z.B. von Mietzinsbeihilfen nach dem Einkommenssteuergesetz 1988), die zur Minderung der Belastung aus dem Wohnungsaufwand gewährt werden. Für den Zeitraum der Gewährung von Beihilfen nach dem Heeresgebührgesetz wird keine Beihilfe gewährt.

Als anrechenbarer Wohnungsaufwand werden höchstens EUR 3.-- je m<sup>2</sup> förderbarer Nutzfläche berücksichtigt.

Wird der Wohnungsaufwand durch Gerichtsbeschluss (Bescheid der Schlichtungsstelle in Innsbruck) auf einen höheren Betrag angehoben, so wird dieser Betrag bei der Berechnung der Beihilfe zugrundegelegt.

Über Ansuchen einzelner Gemeinden kann für deren Gemeindegebiet ausnahmsweise ein Betrag bis zu EUR 4.-- je m<sup>2</sup> Nutzfläche als anrechenbarer Wohnungsaufwand zugrundegelegt werden.

Bei einem Haushalt mit einer Person wird der Wohnungsaufwand für eine förderbare (anrechenbare) Nutzfläche von höchstens 50 m<sup>2</sup> zugrundegelegt. Dieses Ausmaß erhöht sich für jede weitere in der Haushaltsgemeinschaft lebende Person um höchstens 20 m<sup>2</sup>, maximal jedoch auf 150 m<sup>2</sup>. Die Feststellung der Nutzfläche erfolgt nach den Bestimmungen des Tiroler Wohnbauförderungsgesetzes 1991. Bei der Zugrundelegung der förderbaren Nutzfläche kann auf besondere Härtefälle Rücksicht genommen werden.

Sofern der allein nach der Haushaltsgröße berechnete anrechenbare Wohnungsaufwand geringer ist, als der zu bezahlende Wohnungsaufwand, wird die Beihilfe unter Zugrundelegung dieses anrechenbaren Wohnungsaufwandes ermittelt. Bei der Berechnung dieses anrechenbaren Wohnungsaufwandes wird bei einer entsprechenden Haushaltsgröße eine Nutzfläche von höchstens 110 m<sup>2</sup> zugrundegelegt.

## 3 Nachweis des Wohnungsaufwandes

Die Höhe des monatlichen Hauptmietzinses ist unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Formblattes durch eine Bestätigung des Vermieters nachzuweisen. Bei Eigenheimen/Eigentumswohnungen ist die Höhe der monatlichen Annuitätenzahlungen unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Formblattes durch eine Bestätigung des Darlehensgebers bzw. des Verwalters nachzuweisen. Bei Gewährung eines Darlehens durch den Landeswohnbaufonds sind die Annuitätenbestätigungen von der Geschäftsführung des Tiroler Landeswohnbaufonds, Innsbruck, Fürsternweg 27, einzuholen.

Für den Wohnungsaufwand werden nur Hypothekendarlehen mit den in der jeweiligen Darlehenspromesse festgelegten Konditionen, höchstens jedoch mit einer Belastung berücksichtigt, die nicht höher ist, als 2 % jährlich über dem veröffentlichten Durchschnittswert der Sekundärmarktzinssätze für Ermittlungen gesamt (früher Anleihen im weiteren Sinne) des dem Zeitpunkt des Wirksamkeitsbeginnes der Beihilfe zweitvorangehenden Quartals - jeweils aufgerundet auf volle 1/8 %.

Bei der Berechnung des Wohnungsaufwandes werden nur Darlehen berücksichtigt, die zur Errichtung oder zum Kauf - nicht aber zur Sanierung - des Gebäudes oder der Wohnung verwendet worden sind.

#### 4 Berechnung des Einkommens

Das für die Berechnung der Beihilfe maßgebende Einkommen wird nach § 2 Abs. 9 des Tiroler Wohnbauförderungsgesetzes 1991 ermittelt.

*Berechnung des Einkommens bei Arbeitnehmern:*

Bruttobeträge ohne Familienbeihilfe abzüglich Werbungskosten laut Lohnzettel (Socialversicherungs-, Krankenumlage jedoch ohne Abzug des Werbungskostenpauschales)

- außergewöhnliche Belastungen
- Freibeträge für Inhaber von Arbeitsbescheinigungen, Opferscheinungen und für Landarbeiter
- Lohnsteuer

*Berechnung des Einkommens bei Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden*

Einkommen nach § 2 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes 1988 zuzüglich den bei der Einkommensermittlung abgezogenen steuerfreien Beträgen der Investitionsrücklage, des Investitionsfreibetrages, des Werbungskostenpauschales, der Sonderausgaben, des Veranlagungsfreibetrages usw. lt. TWF G 1991

- gewinnerhöhend aufgelöste Beträge aus Investitionsrücklagen
- Einkommensteuer

*Berechnung des Einkommens bei Land- und Forstwirten:*

bei Land- und Forstwirten wird das Einkommen unter Zugrundelegung des bei der Beitragsberechnung in der bäuerlichen Sozialversicherung vorgesehenen Prozentsatzes des Einheitswertes sowie unter Berücksichtigung eines Pauschalbetrages von EUR 360,- monatlich zur Erfassung der in solchen Betrieben üblichen Einnahmen berechnet.

Bei der Berechnung des Einkommens nach a) bis c) werden zudem berücksichtigt:

- + gerichtlich oder (vom Land anerkannte) vertraglich festgesetzte Unterhaltsleistungen, die dem Beihilfenbezieher oder dessen Gatten (Lebensgefährtin) kontinuierlich zufließen oder
- solche Unterhaltsleistungen, wenn sie von ihnen kontinuierlich zu zahlen sind;
- + steuerfreie Beträge (z. Bsp. Wochengeld, Arbeitslosengeld, Karenzurlaubsgeld usw.)
- + ein angemessener Anteil sonstiger Einnahmen (gesamte Sozialhilfe, angemessene Trinkgelder, usw.).

#### 5 Nachweis des Einkommens

Das (Familien-) Einkommen ist nachzuweisen:

- a) bei Arbeitnehmern durch Vorlage einer Lohnsteuerbescheinigung oder eines Lohnzettels für das der Einbringung des Ansuchers vorangegangene Kalenderjahr; zugleich ist eine Erklärung über allfällige Einkünfte im Ausland abzugeben. Sollte bis Februar eines Jahres der Lohnzettel für das vorangegangene Kalenderjahr nicht vorgelegt werden können, kann der Lohnzettel des Vorjahres vorgelegt werden;
- b) bei Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, durch Vorlage des Einkommensteuerbescheides für das letzte veranlagte Kalenderjahr; bezieht eine solche Person auch Einkünfte aus nicht selbständiger Tätigkeit, so ist auch der Nachweis nach lit. a vorzulegen;
- c) bei Land- und Forstwirten durch Vorlage des Einheitswertbescheides und allfälliger sonstiger Einkommensnachweise.

Wenn Beihilfenbezieher nicht für den gesamten, für die Ermittlung des Einkommens maßgeblichen Zeitraum ein Einkommen nachweisen können, kann das Einkommen unter Zugrundelegung des nachgewiesenen Zeitraumes berechnet bzw. geschätzt werden. Maßgebend ist grundsätzlich jenes Einkommen, das zum Zeitpunkt der Ermittlung der Beihilfe im Sinne dieser Richtlinie nachgewiesen und zugrundegelegt wird.

Für die Berechnung der Beihilfe wird das Einkommen des Beihilfenbeziehers, der Ehegattin bzw. Lebensgefährtin (der Beihilfenbezieherin, des Ehegatten bzw. Lebensgefährten) die Hälfte des Einkommens der zum Haushalt des Beihilfenbeziehers gehörenden sonstigen nahestehenden Personen und das volle Einkommen anderer im Haushalt lebenden Personen herangezogen.

Zur Ermittlung der regelmäßigen bzw. realistisch erscheinenden Einkommensverhältnisse können erforderlichenfalls auch weitere Nachweise, wie z. Bsp. die Erklärung eines glaubhaften Einkommens verlangt und allenfalls auch die jeweils geltenden Sozialhilfe-Richtwerte bei der Berechnung der Beihilfe zugrundegelegt werden. Für den Fall, daß im Vergleich zur Wohnungsaufwandsbelastung ein besonders unrealistisches Einkommen angegeben wird, kann die Gewährung der Beihilfe abgelehrt werden.

#### 6 Einreichung des Ansuchers

Das Ansuchen um eine Beihilfe ist samt den erforderlichen Unterlagen beim zuständigen Gemeinde(Stadt)amt, im Bereich der Stadt Innsbruck beim Stadtmagistrat Innsbruck oder im Falle der Mitwirkung und Beteiligung einer gemeinnützigen Institution beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Wohnbauförderung, unter Verwendung der hierfür vorgesehenen Formblätter einzureichen. Bei der Einreichung des ersten Ansuchers ist auf Verlangen der Gemeinde oder des Landes ein vergütungsfreier Mietvertrag vorzulegen.

Die Beihilfe wird jeweils für ein Jahr bewilligt und wird frühestens ab dem der Einreichung des vollständigen Ansuchers beim zuständigen Gemeindeamt (Stadtamt) folgenden Monat im Nachhinein zur Auszahlung gebracht.

Ein Ansuchen, das bis zum 3. Werktag des jeweiligen Monats eingereicht wird, gilt als noch rechtzeitig für die Gewährung einer Beihilfe für diesen Monat eingereicht.

Der einjährige Geltungszeitraum der zugewährten Beihilfe beginnt frühestens mit dem Monat, in dem die (regelmäßige) Benutzung der Wohnung bei gleichzeitiger Bezahlung des Wohnungsaufwandes beginnt bzw. überwiegend gegeben ist.

Eine kontinuierliche Weitergewährung einer Beihilfe erfolgt bei Vorliegen der Voraussetzungen dann, wenn spätestens 3 Monate nach Ablauf des vorhergehenden Zeitraumes der Bewilligung neuerlich um eine Beihilfe angesucht wird.

In besonderen Härtefällen kann eine erstmalig oder nach einem längeren Zeitraum wieder zu gewählende Beihilfe für höchstens 3 Monate rückwirkend bewilligt werden.

Die ermittelte Beihilfe wird auf einen vollen Euro auf- oder abgerundet. Eine Beihilfe von weniger als EUR 7,- wird nicht gewährt.

#### 7 Verpflichtung zur Meldung von Änderungen

Der Besitzer der Beihilfe hat dem zuständige Gemeinde(Stadt)Amt oder dem Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Wohnbauförderung, Mietzins- und Arrangementsbeihilfenstelle jeden Umstand, der zu einer Verringerung der Höhe der Beihilfe oder zu deren Einstellung führen kann, innerhalb eines Monats von dem Zeitpunkt an, an dem von diesem Umstand Kenntnis erlangt wird, unter Beibringung der entsprechenden Unterlagen mitzuteilen. Die Höhe der Beihilfe wird aufgrund der geänderten Verhältnisse jedenfalls dann neu berechnet, wenn das Ausmaß der Änderung mindestens 30 % gegenüber der bisher gewährten Beihilfe beträgt. In begründeten sozialen Härtefällen kann die gewährte Beihilfe auf einen befristeten Zeitraum in der ursprünglichen Höhe belassen werden.

Eine Beihilfe, die zu Unrecht empfangen wurde, ist zurückzahlen.

#### 8 Kosten der Beihilfe

Die Kosten der Beihilfe trägt zu 70 % das Land und zu 30 % die zuständige Gemeinde oder die allenfalls mitwirkende gemeinnützige Institution. Für den Fall, daß eine Gemeinde (gemeinnützige Institution) im Einzelfall nur bereit ist, zu einer geringeren als der sich nach dieser Richtlinie ergebenden Beihilfe einen anteilmäßigen Betrag zu bezahlen, verringert sich die zu gewählende Beihilfe und damit auch der Anteil des Landes entsprechend. Für den Fall, daß eine Gemeinde (gemeinnützige Institution) keine Anteilsleistung zahlt, kann auch keine Beihilfe gewährt werden.

Im Falle der Beteiligung an der Mietzins- und Arrangementsbeihilfenaktion hat die Gemeinde die entsprechenden Beschlüsse nach Maßgabe der Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung zu fassen.

Die Beteiligung kann auch von Bedingungen abhängig gemacht werden. Die gemeinnützige Institution hat den Beschluß über die Beteiligung nach Maßgabe ihrer Satzungen (ihres Vertrages) zu fassen.

#### 9 Regelung für Studenten

An Studenten wird bei Vorliegen eines Mietvertrages für das gesamte Wohnobjekt ebenfalls eine Beihilfe gewährt, wobei als Wohnungsaufwand höchstens ein Betrag von EUR 21 je m<sup>2</sup> förderbarer Nutzfläche und Monat und eine förderbare Nutzfläche von höchstens 50 m<sup>2</sup> zugrundegelegt wird. Wohnen mehrere Studenten in einem Objekt, so wird das Ausmaß der förderbaren Nutzfläche im Sinne des Punktes 2 dieser Richtlinie - höchstens jedoch unter Zugrundelegung von 90 m<sup>2</sup> - ermittelt. An andere Wohngemeinschaften bzw. bei Vermietung von Einzelzimmern werden keine Beihilfen gewährt.

Wird von einem Studenten ein laufendes Einkommen aus einer mindestens halbtägigen Arbeit nachgewiesen, so kann die Beihilfe abweichend von der angeführten Studenten-Regelung im Sinne des Punktes 1. dieser Richtlinie ermittelt werden. Bei der Berechnung der Beihilfe kann auch auf das Einkommen der Eltern bzw. Unterhaltspflichtigen Bedacht genommen werden.

#### 10 Besondere Bedingungen

Eine Beihilfe wird im Regelfall nur an zumindest 18-jährige Personen mit einem selbständigen und regelmäßigen Wohnbedarf gewährt. Bei Bestehen eines Mietverhältnisses zwischen nahestehenden Personen (im Sinne der Bestimmungen des Tiroler Wohnbauförderungsgesetzes 1991) kann bei der Berechnung der Beihilfe auch auf das Einkommen des Vermieters Bedacht genommen werden. Die Beihilfe kann im Einzelfall ganz oder teilweise verweigert werden, wenn die Gewährung der Beihilfe im Hinblick auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Beihilfenehmers bzw. dessen Eltern oder Unterhaltspflichtigen so wie aus anderen Gründen sozial nicht gerechtfertigt erscheint.

#### 11 Besondere Härtefälle

In besonders gelagerten Härtefällen kann eine Beihilfe mit Beschluß der Landesregierung auch über die Bestimmungen dieser Richtlinie hinaus gewährt werden.

#### 12 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit 01.01.2002 in Kraft.

## ZUMUTBARKEITSTABELLE

### Mietzins- und Annuitätenbeihilfen

Zuzutbare Wohnung aufwandbelastung in Prozenten des monatlichen Familieneinkommens ( $\frac{1}{12}$  des jährlichen Familieneinkommens laut Einkommensbezeichnung) bei einem monatlichen Familieneinkommen von Schilling:

Anzahl der im gemeinsamen Haushalt lebend- den Personen	bis € 61 E	über 61 E	über 65 E	über 69 E	über 73 E	über 77 E	über 81 E	über 85 E	über 89 E	über 93 E	über 97 E
		bis 65 E	bis 69 E	bis 73 E	bis 77 E	bis 81 E	bis 85 E	bis 89 E	bis 93 E	bis 97 E	bis 1.01 E
1	-	0,1-1	1,1-2	2,1-3	3,1-4	4,1-5	5,1-6	6,1-7	7,1-8	8,1-9	9,1-10
2	-	-	-	0,1-1	1,1-2	2,1-3	3,1-4	4,1-5	5,1-6	6,1-7	7,1-8
3	-	-	-	-	-	0,1-1	1,1-2	2,1-3	3,1-4	4,1-5	5,1-6
4	-	-	-	-	-	-	-	0,1-1	1,1-2	2,1-3	3,1-4
5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1-1	1,1-2
6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anzahl der im gemeinsamen Haushalt lebend- den Personen	über 1.01 E	über 1.05 E	über 1.09 E	über 1.13 E	über 1.17 E	über 1.21 E	über 1.25 E	über 1.29 E	über 1.33 E	über 1.37 E	über 1.37 E für jeweils weitere € 4,- um 0,1 % mehr, höchstens
	bis 1.05 E	bis 1.09 E	bis 1.13 E	bis 1.17 E	bis 1.21 E	bis 1.25 E	bis 1.29 E	bis 1.33 E	bis 1.37 E		
1	10,1-11	11,1-12	12,1-13	13,1-14	14,1-15	15,1-16	16,1-17	17,1-18	18,1-19	23 %	
2	8,1-9	9,1-10	10,1-11	11,1-12	12,1-13	13,1-14	14,1-15	15,1-16	16,1-17	23 %	
3	6,1-7	7,1-8	8,1-9	9,1-10	10,1-11	11,1-12	12,1-13	13,1-14	14,1-15	23 %	
4	4,1-5	5,1-6	6,1-7	7,1-8	8,1-9	9,1-10	10,1-11	11,1-12	12,1-13	23 %	
5	2,1-3	3,1-4	4,1-5	5,1-6	6,1-7	7,1-8	8,1-9	9,1-10	10,1-11	23 %	
6	0,1-1	1,1-2	2,1-3	3,1-4	4,1-5	5,1-6	6,1-7	7,1-8	8,1-9	23 %	
7	-	-	0,1-1	1,1-2	2,1-3	3,1-4	4,1-5	5,1-6	6,1-7	23 %	
8	-	-	-	-	0,1-1	1,1-2	2,1-3	3,1-4	4,1-5	23 %	
9	-	-	-	-	-	-	0,1-1	1,1-2	2,1-3	23 %	
10	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1-1	23 %	

# 41.

## BUCHHINWEIS

### Finanzausgleich 2001 – Das Handbuch für die Praxis

*Herausgegeben vom Österreichischen Gemeindebund und vom Österreichischen Städtebund*

Der Finanzausgleich der Zweiten Republik, wie er sich seit 1948 entwickelt hat, ist nicht nur vielschichtig, sondern auch unübersichtlich geworden. Er besteht aus der Finanzverfassung, dem Finanzausgleichsgesetz und anderen Teilen der verbundenen Finanzwirtschaft, wie z. B. den Regelungen zur Krankenhausfinanzierung, die nur noch wenigen Spezialisten auf Anhieb verständlich sind.

Seit 1. Jänner 2001 liegt nun ein neues Finanzausgleichsgesetz vor (FAG 2001). Dies haben der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund zum Anlass genommen, um erstmals seit 1985 wieder eine Erläuterung zu einem Finanzausgleichsgesetz sowie Abhandlungen zu weiteren Themen der verbundenen Finanzwirtschaft in Österreich vorzulegen.

Im 1. Teil dieses Handbuches wird das FAG 2001 (BGBl. I 2001/3) durch Bertram Hüttner praxisnah erläutert und analysiert, wobei er auch die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des österreichischen Finanzausgleichssystems ebenso wie die Umverteilungswirkungen behandelt.

Im 2. Teil beschreiben Martin Schneider, Dietmar Pilz und Helfried Bauer wichtige fiskalische Wirkungen des

Finanzausgleichs, so etwa die Auswirkungen von Betriebsansiedlungen auf die kommunalen Steuererträge und Aspekte des horizontalen Ausgleichs.

Im 3. Teil befassen sich mehrere Autoren, darunter Prof. Gerhard Lehner und Ernst Knoth, mit zentralen Elementen der verbundenen Finanzwirtschaft, die außerhalb des Finanzausgleichs geregelt sind, wie Bildungswesen, Krankenanstaltenfinanzierung, Sozialhilfe und Förderung der Siedlungswasserwirtschaft.

Der Band schließt mit Perspektiven einer Reform des Finanzausgleichs, zu denen die Generalsekretäre des Städtebundes und des Gemeindebundes, sowie H. Bauer gemeinsam mit Bruno Rossmann Beiträge geleistet haben.

Damit liegt eine umfassende Behandlung dieser für alle Gebietskörperschaften wichtigen Materie vor, verfasst durch Experten verschiedener Institutionen, die sich mit den öffentlichen Finanzen der Republik befassen und die auch teilweise an den Verhandlungen zum Finanzausgleich mitgewirkt haben.

**Preis:** ATS 445,45/€ 32,37 (für Stammkunden 354,55/€ 25,77). jeweils exklusive 10% Umsatzsteuer und Versandkosten.

Bestellungen per Post, Fax oder E-mail an folgende Adresse:

KDZ Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH  
Mariahilferstraße 136, 1150 Wien

Fax: 01-892 34 92-20, E-Mail: institut@kdz.or.at

# 42.

## Politik braucht junge Herausforderung

Unter diesem Motto findet vom 5. bis 6. Oktober 2001 eine österreichweite Tagung in Toblach/Südtirol statt. Verschiedene Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung werden im Rahmen dieser Tagung vorgestellt und diskutiert. Dabei geht es einerseits um Erfahrungsaustausch, andererseits bekommen „NeueinsteigerInnen“ auf diesem Gebiet das Rüstzeug, um selbst ein Jugendbeteiligungsmodell in der eigenen Gemeinde durchzuführen.

Diese Tagung richtet sich an GemeinderätInnen, BürgermeisterInnen und Verantwortliche der Kinder- und Jugendarbeit. Verschiedene Projekte aus allen österreichischen Bundesländern und Südtirol stellen sich vor,

in Workshops wird über Themen wie „Beteiligungsprojekte starten“, „Projektbezogene Beteiligungsformen“ „Politische Bildung in der Schule“ oder „Was ist Demokratie?“ diskutiert. GemeinderätInnen, die im Bereich Kinder- oder Jugendbeteiligung initiativ werden wollen bzw. sich mit anderen austauschen wollen, erhalten auf dieser Tagung viel Wissenswertes. Es besteht auch die Möglichkeit, interessierte Jugendliche aus der Gemeinde mitzunehmen, damit diese gleich vor Ort, bei Gleichaltrigen das nötige Know-How erhalten.

Jugendarbeit soll junge Menschen zu gesellschaftlicher Verantwortung und sozialem Engagement anregen und hinführen. Das örtliche Gemeinwesen lebt

durch das Engagement möglichst vieler Personen und Organisationen. In den Gemeinden haben sich in den letzten Jahren viele interessante Ansätze einer Kinder- und Jugendpolitik entwickelt, die verstärkt eine Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Entscheidungsprozessen ermöglichen. Forschungsergebnisse zeigen, dass die Mitwirkung Jugendlicher an Partizipationsprojekten für diese überwiegend gute Auswirkungen hat (Festigung des demokratischen Bewusstseins, Steigerung sozialer Kompe-

tenzen, Förderung des solidarischen Verhaltens). Die politische Partizipation der Jugend ist deshalb die herausfordernde Perspektive der Jugendförderung der nächsten Jahre. Die Tagung „Politik braucht junge Herausforderung“ könnte dazu beitragen, dass in möglichst vielen Tiroler Gemeinden Jugendbeteiligungsprojekte entstehen.

**Anmeldung** erfolgt über das Jugendreferat der Tiroler Landesregierung, Michael-Gaismair-Straße 1  
6020 Innsbruck Tel. 0512/508-3586 bzw. E-Mail: r.macht@tirol.gv.at.  
Vom Jugendreferat wird auch die Fahrt zum Tagungsort organisiert.

## VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JULI 2001 (vorläufiges Ergebnis)

	Juni 2001 (endgültig)	Juli 2001 (vorläufig)	April 2001 (endgültig)	Mai 2001 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b> Basis: Durchschnitt 1996 = 100	102,9	102,9		
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b> Basis: Durchschnitt 1996 = 100	108,3	108,3		
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b> Basis: Durchschnitt 1986 = 100	141,6	141,6		
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b> Basis: Durchschnitt 1976 = 100	220,1	220,1		
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b> Basis: Durchschnitt 1966 = 100	386,3	386,3		
			<b>Index der Verbraucherpreise I</b> Basis: Durchschnitt 1958 = 100	493,7
			<b>Index der Verbraucherpreise II</b> Basis: Durchschnitt 1958 = 100	492,2
Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Juli 2001 beträgt 102,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Juni 2001 (102,9 endgültige Zahl) unverändert geblieben (Juni 2001 gegenüber Mai 2001: +0,2%). Die Steigerungsrate gegenüber Juli 2000 beträgt 2,7% (Juni 2001/2000: +2,6%).				

### Buch für Jungbürgerfeiern

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten weist aus gegebenem Anlass darauf hin, dass für Jungbürgerfeiern das Buch „Tirols Geschichte in Wort und Bild“ von Michael Forcher mit einem Beitrag von Franz Fliri, erschienen im Haymon-Verlag, Innsbruck, als eine wertvolle und zeitlose Gabe für die Jungbürger zur Verfügung steht. Das Buch kostet 350,- Schilling; bei Vorlage

der Rechnung an die Abteilung Gemeindeangelegenheiten wird ein verlorener Zuschuss aus Landesmitteln in der Höhe von 100,- Schilling je Buch gewährt.

#### Kontaktadresse, Bestellungen:

Haymon-Verlag,  
A-6020 Innsbruck, Kochstrasse 10,  
Telefon 0512/576300-11, Telefax 0512/576300-14

#### Erscheinungsort Innsbruck Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck